



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/6189**

Weibliche Genitalverstümmelung frühzeitig bekämpfen und verhindern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung einstimmig in folgender Fassung:

„Der Bayerische Landtag ächtet weibliche Genitalverstümmelung (FMG) an Mädchen und jungen Frauen.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, bis zur Sommerpause 2020 mündlich zu berichten,

- ob und wie je eine Fachberatungsstelle zur Prävention und Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung in den Metropolregionen München und Nürnberg aufgebaut werden kann,
- ob und wie Fortbildungsangebote für Gewaltschutzkoordinatorinnen und –koordinatoren in den ANKER-Einrichtungen, Sozialarbeiterinnen und –arbeiter, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Polizei geschaffen werden können, um Betroffene bzw. Gefährdete frühzeitig zu erkennen und FGM zu verhindern,
- wie Training von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die bzw. innerhalb der betroffenen Communities stattfinden kann,
- wie Öffentlichkeitsarbeit (Informationsbroschüren) zu FGM u.a. als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung und Straftatbestand in Deutschland in den wichtigsten Herkunftssprachen geleistet werden kann, sowie
- ob und wie das Thema FGM in den Weiterbildungskatalog für Gynäkologie und Geburtshilfe, in den Weiterbildungskatalog für Pädiatrie und in den Prüfungskatalog der Hebammen aufgenommen werden kann.

Berichterstatlerin:
Mitberichterstatlerin:

**Gülseren Demirel
Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 18. Februar 2020 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 21. April 2020 mitberaten und einstimmig der Empfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Bernhard Seidenath

Vorsitzender